

Wegen neuer Richtlinie wartet der kleine Luca seit Monaten auf einen Spitaltermin

«Er hat eine Mittelohrentzündung – und es wird schlimmer»

QENDRESA LLUGIQI

Der eineinhalbjährige Luca M.* leidet: Seit sechs Monaten plagt ihn eine schmerzhafte, bakteriell bedingte Mittelohrentzündung. Inzwischen testet die Familie aus Kloten ZH das dritte Antibiotikum. Aber es sammelt sich immer mehr Flüssigkeit im Mittelohr an. Mutter Sabrina M.** (33) macht sich Sorgen. «Er hat eine schlimme Entzündung – und es wird immer schlimmer! Das Trommelfell ist extrem entzündet, und es eitert», sagt sie.

Vor kurzem überwies der Kinderarzt Luca an einen Hals-Nasen-Ohren-Experten. «Es ging um eine Besprechung, ob Luca ein Paukenröhrchen erhält und ob seine Mandeln wegmüssen.» Die Röhrchen werden ins Trommelfell eingesetzt, damit Flüssigkeit besser abfließen kann. Für die Prozedur wäre eine Anästhesie zum Einsatz gekommen – und ausgerechnet die sorgt jetzt für Aufregung.

Zwei Tage vor dem Termin sagt der HNO-Experte nämlich der Familie ab. Der Grund: eine neue Richtlinie für Kinderanästhesien. «Gemäss dieser ist Luca zu jung, um in seiner Praxis behandelt zu werden.»

Die Schweizer Gesellschaft für Anästhesiologie und Perioperative Medizin (SSAPM) hatte bereits per 1. Januar 2020 ihre Richtlinien revidiert. «Gemäss diesen sollten Kinder unter drei Jahren mit Anästhesierisiken – HNO-Eingriffe gehören dazu – nur in Spitälern mit spezialisierter Kinderanästhesie und Intensivpflegestation versorgt werden», sagt Stefan Roth, Facharzt Kinder- und Jugendmedizin und vom Verband Kinderärzte Schweiz. Mit dieser Empfehlung



Wegen der neuen Richtlinie kam es im Kinderspital Zürich in verschiedenen Bereichen zu Wartezeiten.

soll die Sicherheit der kleinen Patienten erhöht werden. Nebenwirkung: **Betroffene Kinder müssten in Kinderspitälern statt zum Arzt.**

Der Hals-Nasen-Ohren-Experte überweist auch Familie M. im November ans Kinderspital Zürich. Dort der Schock: «Laut ei-



ner Mitarbeiterin müssten wir mindestens vier Monate warten», sagt die Mutter.

Denn die neue Richtlinie hat es auch

per 1. Januar 2023 in die Zürcher Spitalliste zur Sicherstellung der Patientensicherheit geschafft. Im Kinderspital Zürich ist es dadurch laut Urs Rüegg, Leiter Stab der Geschäftsleitung, in verschiedenen Bereichen zu Wartezeiten gekommen. Das Ausmass sei unterschiedlich: «Im HNO-Bereich beträgt die Wartezeit aktuell mehrere Wochen. Anfang 2023 kam es situativ zu Wartezeiten bis zu vier Monaten.»

Die neue Weisung sorgt auch in anderen Schweizer Spitälern für Probleme: Für die Kinderklinik Bern – die zur Insel-Gruppe gehört – gibt Sprecher Daniel Saameli eine Wartezeit von bis vier Monaten an, allerdings werden Kinder aufgrund der Dringlichkeit der Operation priorisiert. Im Ostschweizer Kinderspital beträgt die Wartezeit laut Thomas Krebs, Chefarzt Chirurgie, zwei bis drei Monate im HNO-Bereich.

«Wir hätten vier Monate warten müssen.»

Sabrina M.



Am Kinderspital Basel (UKBB) hat die Richtlinie laut Thomas Erb, Chefarzt Anästhesiologie, zwar direkt keinen Einfluss gehabt, weil die Kleinkinder bereits seit Jahren hierher überwiesen und anästhesiert werden. Doch: Weil HNO-Eingriffe besonders in den Herbst- und Wintermonaten gemacht werden, sei es auch hier saisonal zu einer Häufung und somit zu einer etwas höheren Wartezeit gekommen.

Trotz Patienten-Flut stellen die Kinderspitäler klar: In dringenden Fällen wird für die kleinen Patienten Platz geschaffen.

Gleichzeitig haben erste Spitäler bestimmte Massnahmen ergriffen, um die Patienten-Wartezeit zu reduzieren. **So etwa das Kinderspital Zürich. Rüegg: «Wir haben – insbesondere im HNO-Bereich – mehr Personal eingestellt.** Die Wartezeit konnte bereits verkürzt werden.» Sabrina M. hat eine Konsultation Mitte Januar erhalten – zwei Monate nach der Überweisung.

Trotz aller Schwierigkeiten verteidigen die Spitäler die Richtlinie: «Kinderanästhesien sind Risikoeingriffe», sagt Krebs vom Ostschweizer Kinderspital.

Und: «Kinder sind nicht nur kleiner, leichter, sondern anders proportioniert – die sehr kleinen Atemwege sind anfällig für Schwellungen und Verlegungen durch Schleim oder Sekret.» Nicht alle Kliniken hätten das Equipment, die Expertise oder das geübte Personal, um beispielsweise bei Reanimationsfällen adäquat reagieren zu können.

Gleichzeitig wünschen sich die Spitäler mehr Zeit, um die Richtlinien umzusetzen. «Spezialisierung ist gut, aber die Spitäler müssen die Chance erhalten, es dann auch so steuern zu

Genfer Ständerat sagt anonymen Kommentarschreibern den Kampf an Wer seine Meinung sagen will, soll dazu mit Namen stehen

Der Genfer Ständerat Mauro Poggia (64) will, dass die Politik gegen anonyme Leserkommentarschreiber und -schreiberinnen vorgeht. Wer seine Meinung äussern will, soll mit seinem Namen hinstehen, findet der Vertreter der Genfer Protestpartei Mouvement Citoyens Genevois (MCG).

Konkret fordert der Politiker per Vorstoss, dass künftig nur noch Medien direkte und indirekte Staatshilfe erhalten, die ihre Leserinnen und Leser in der Kommentarspalte zur Angabe ihres echten Namens zwingen. Je nachdem, wie streng dies ausgelegt würde, könnten sehr viele Medien betroffen sein. So werden Zeitungen beispielsweise indirekt gefördert durch einen Rabatt für die Frühzustellung per Post. Eine breitere staatliche Medienförderung wird diskutiert.

Heute schon ist bei vielen Medien Pflicht, dass sich Kommen-

tarschreibende registrieren – so auch bei Blick. Poggia will aber, dass die Identität der Autoren auch für die Leserschaft ersichtlich ist. Die Anonymität verleihe den Urhebern ein Gefühl der Straffreiheit und «begünstigt die zunehmende Verbreitung von Lügen, Hass und Beleidigungen», argumentiert der Genfer Ständerat. Ratskollegen von FDP, Mitte und SVP unterstützen die Forderung und haben den Vorstoss Poggias mitunterzeichnet.

«Die Meinungsfreiheit erlaubt es, auch unangenehme Dinge zu sagen, und das muss man akzeptieren. Aber es darf nicht als Vorwand dienen, um alles durchgehen zu lassen», sagt Poggia gegenüber «Le Temps».



Ständerat Mauro Poggia.

Poggia ist überzeugt, dass die Qualität der Debatte steigen würde. Ein Blick auf die Forschung lässt daran aber Zweifel aufkommen. Mehrere Studien kamen zum Schluss, dass Nutzer mit Klarnamen seltener aggressivere Kommentare verfassen als mit Pseudonym. Muss man sich zwar registrieren, gegenüber den Lesern aber nicht mit echtem Namen auftreten, führt das zu einer besseren Debattequalität als bei voller Transparenz.

Die Gründe dafür sind nicht ganz klar. Vermutet wird, dass User mit einem ständigen Pseudonym um ihren Ruf innerhalb der Gemeinschaft der Kommentarschreibenden bemüht sein dürften und sich deshalb zügelten.

LEA HARTMANN

Werbekampagne wegen sexistischer Klischees in der Kritik

Aargau Tourismus geht mit Männer-Wellness baden

«Echte Männer schwitzen in der Sauna, nicht vor dem Grill», heisst es auf einem grossformatigen Werbeplakat. Darauf ein Mann im Wellnessbereich. Darunter ein QR-Code, der auf eine Seite von Aargau Tourismus verweist.

Die Kampagne der vier Aargauer Thermalbäder – dazu zählen das Thermalbad Zurzach, das Bad Schinznach, die Terme Fortytseven in Baden AG sowie die Wellness-Welt Sole Uno in Rheinfelden AG – **richtet sich gezielt an Männer. Denn sie sind in der Kundenschaft der Wellnessbäder un-**

tervertreten. Unter Verwendung von Geschlechterklischees sollen sie «mit einem Augenzwinkern», wie es bei den Verantwortlichen heisst, zum Gang in den Wellnessbereich animiert werden. Ein weiterer Spruch der Kampagne: «Wellness ist das Bier für die Seele.» Oder, **unter Anspielung auf das stereotypische Vorurteil, wonach Frauen ständig reden: «Beim Wellness wird nicht geredet.»**

Auch das Klischee des Pokerspielenden Mannes wird bedient: «Geht

mal «All-in» beim Kaltwasserbecken statt beim Poker.» Die Plakate seien ironisch gemeint, schreibt Aargau Tourismus auf Anfrage. «Sie sollen sicher nicht als sexistische Botschaften verstanden werden.» Doch der Werbegag geht gehörig nach hinten los. Sascha Rijkeboer (31), als non-binäre trans Person in der Öffentlichkeit präsent, richtet sich mit einem Instagrampost gegen die



So regt sich trans Person Sascha Rijkeboer auf Instagram über die Kampagne auf.



Kalte Dusche statt Sprudelbad.

NEWS



Sabrina M.s Sohn Luca leidet an einer bakteriell bedingten Mittelohrentzündung und hat starke Schmerzen.

können, dass es gut kommt», sagt Krebs.

Welchen Einfluss die Anästhesie-Richtlinien in Bezug auf Komplikationen bei Kleinkindern hatten, können die Spitäler nicht sagen. Chefarzt Erb vom UKBB weist darauf hin, dass mit aktuellen Observationsstudien eine Reduzierung der Komplikationen belegt werden konnte.

Die Schweizer Gesellschaft für Anästhesiologie und Peroperative Medizin selbst verfügt über keine Zahlen, die eine Veränderung der Komplikationsrate aufzeigen würden. Das Zeitin-

tervall sei zu kurz, um eine datengestützte Antwort geben zu können, heisst es auf Anfrage.

Zwar spreche die SSAPM die Anästhesie-Empfehlung aus, es sei jedoch jedem Kanton überlassen, inwiefern die Richtlinien übernommen werden.

Auch Mutter Sabrina M. hat Verständnis für die neue Richtlinie. Einen Termin hat Luca in zehn Tagen – hoffentlich ist seine Leidensgeschichte dann vorbei.

* Name geändert ** Name bekannt

Transparenz: Die Protagonistin in dieser Geschichte ist verwandt mit Blick-Nachrichtenchef Flavio Razzino.



Thermalbad Zurzach.

Kampagne. «Sexistischer Badespass gefällig?», schreibt Rijkeboer über eine Bildstrecke mit Fotos der Plakatkampagne.

Der Beitrag sammelt mehr als tausend Likes und Dutzende Kommentare. **Die Slam-Poetin und Autorin Lisa Christ (32) etwa schreibt unter den Beitrag, sie finde die Werbung «ultra schneisse».**

Nicht nur auf Plakatwänden an Bahnhöfen wird die Kampa-

gne ausgespielt, auch auf Social Media sind die Sujets zu sehen. Das Gesamtbudget dafür beläuft sich auf 35 000 Franken, heisst es bei Aargau Tourismus.

Bei den betroffenen Bädern heisst es auf Anfrage, die Kampagne laufe seit mehreren Wochen – und habe bislang nicht zu negativen Reaktionen geführt. Massnahmen seien daher keine notwendig.

SARAH FRATTAROLI

Bis zu 5000 Soldaten rücken fürs WEF ein

Bern – Der Armee-Einsatz für den Schutz des Jahrestreffens des World Economic Forum in Davos GR hat begonnen. Die meisten der bis zu 5000 Armeeangehörigen sind gestern eingetroffen. Das WEF beginnt am kommenden Montag. Ein Teil der Aufgebotenen wird während des fünftägigen Treffens im Landwassertal eingesetzt. Auch in der übrigen Schweiz sind Armeeangehörige für das WEF im Einsatz, etwa für die Wahrung der Lufthoheit, Logistik und Führungsunterstützung.

Die Inflation steigt wieder

Neuenburg – Die Teuerung in der Schweiz kletterte im Dezember auf 1,7 Prozent von 1,4 Prozent im Vormonat. Es handelt sich gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik um den stärksten Anstieg seit längerem, nachdem der Trend zuletzt klar abwärts gezeigt hatte. Dieser Anstieg sei jedoch nur temporärer Natur, betont das Gros der Prognostiker. Dieses erwartet für das laufende Jahr eine durchschnittliche Teuerung von unter 2 Prozent. Im letzten Jahr betrug diese 2,1 Prozent.

Teure Apple-Brille kommt auf Markt

Cupertino (USA) – Apple wird seine rund 3500 Dollar teure Datenbrille in den USA Anfang Februar auf den Markt bringen. Die Vision Pro soll besser als bisherige Brillen digitale Inhalte in die reale Umgebung einbetten können.

So viele ETH-Spin-offs wie noch nie

Zürich – Im Jahr 2023 wurden an der ETH Zürich 43 Spin-offs gegründet, ein neuer Rekord. Dabei entstanden besonders viele Jungfirmen im Bereich der KI und Biotechnologie. Immer mehr ETH-Spin-offs werden von Frauen ins Leben gerufen.

Am Escher-Wyss-Platz gilt bald Tempo 30

Zürich – Bei der Stadt Zürich sind einige Tage vor Ablauf der Frist noch keine Einsprachen gegen die angekündigte Einführung einer Tempo-30-Zone auf dem Escher-Wyss-Platz eingegangen. Bleibt es dabei, wird die Temporeduktion wohl im Frühling umgesetzt. Als Grund für das neue Verkehrsregime nannte der Stadtrat die Verkehrssicherheit. Im Dezember 2022 war auf dem Escher-Wyss-Platz ein fünfjähriger Knabe überfahren und getötet worden.

BÖRSEN & DEVISEN

SMI	11230.4 (+0.4%)	↗
DOW JONES	37 683 (+0.6%)	↗
EURO/CHF	0.93	→
USD/CHF	0.85	→
GOLD	55 381 Fr./kg	↘
ERDÖL	76.00 \$/Fass	↘

13. AHV-Rente findet immer mehr Anhänger



Nach SVP-Sektionen sprechen sich nun auch Mitte-Politiker für linke Initiative aus

Momentan befürworten 71 Prozent der Bevölkerung die Initiative für eine 13. AHV-Rente.

Jetzt geht das Ringen um die AHV los! Die Gewerkschaften lancieren heute ihre Abstimmungskampagne für die 13. AHV-Rente. Am 3. März entscheidet das Stimmvolk über die Einführung eines 13. Monatslohns für Seniorinnen und Senioren.

An der Auftakt-Medienkonferenz nehmen Gewerkschaftsgrößen wie SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard (55) oder Unia-Chefin Vania Alleva (54) teil. Ebenso SP-Co-Chefin Mattea Meyer (36) und Traivaillsuisse-Vizepräsidentin Léonore Porchet (34). Geheimnisvoll wird in der Medieneinladung zudem auf «weitere» Teilnehmende verwiesen.

Dahinter steckt ein geschickter Schachzug der Initianten. Denn an der Seite von Linken und Grünen werfen sich nun auch Mitte-Vertreter in die Schlacht für eine 13. AHV-Rente. So wird zum Kampagnenauftritt der neu gewählte Tessiner Mitte-Nationalrat Giorgio Fonio (39) auftreten.

«Wir wollen all jenen Arbeitnehmern, die sonst Gefahr laufen, unter prekären Bedingungen in den Ruhestand zu gehen, angemessene Renten garantieren», sagt Fonio. Es brauche eine Rente, die die Betroffenen «nicht dazu zwingt, staatliche Hilfe zu beantragen

oder – schlimmer noch – das Land zu verlassen, das sie mit aufgebaut haben».

Fonio ist Regionalsekretär der christlich-sozialen Tessiner Gewerkschaft OCST. Auch weitere Mitte-Politiker aus christlich-sozial geprägten Verbänden machen sich für die Initiative stark. So etwa der frühere Syna-Zentralsekretär und Kreuzlinger Stadtrat Ernst Zülle (64).

«Altersarmut ist noch immer verbreitet», sagt der Thurgauer. Es gebe viele ältere Personen, die nur mit einer AHV-Rente über die Runden kommen müssten und ihre Rechnungen kaum noch bezahlen könnten – insbesondere Frauen.

Alt Nationalrat Jacques Neirynd (92, VD) setzt sich ebenfalls für das Anliegen ein. Er kenne viele Menschen seiner Generation, die angesichts der heutigen AHV-Renten beschämt seien. Dass er sich mit seinem Engagement bei der eigenen Partei in die Nesseln setzt,

glaubt er nicht. In seiner Partei würden Abweichungen toleriert, macht er klar. Und er glaubt, dass die Mitte-Basis hinter dem Anliegen stehe.

«Die Politik hat es jahrelang verpasst, dafür zu sorgen, dass unsere Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, ihren Lebensabend in Würde verbringen können», erklärt Mitte-Gemeinderätin Michelle Renaud (48) ihr Ja. In ihrer Gemeinde Trub BE ist sie für das Ressort Gesellschaft zuständig. «Da sehe ich die Problematik, dass bei vielen die Rente kaum zum Leben reicht.»

Laut einer Sotomo-Umfrage sind 71 Prozent der Bevölkerung für die Initiative. Dabei waren die Ja-Werte auch im bürgerlichen Lager hoch: 69 Prozent bei der Mitte, 65 Prozent bei der SVP, 62 Prozent bei der GLP und 56 Prozent bei der FDP.

Das widerspiegelt sich nicht nur darin, dass sich Mitte-Vertreter nun aus der Deckung wagen und für ein Ja einstehen.

Auch in der SVP gibt es zahlreiche Befürworter – insbesondere in der Westschweiz. So hat die Genfer Kantonalpartei die Ja-Parole beschlossen, die Unterwalliser SVP Stimmfreigabe. Die Initiative hat damit reelle Chancen auf einen Erfolg an der Urne.

RUEDI STUDER



Mitte-Gemeinderätin Michelle Renaud.

Mitte-Nationalrat Giorgio Fonio.

Presserat gibt Blick recht

Am 7. und 8. April 2023 erschien auf Blick.ch und in der Printausgabe der Artikel «Das sind die Klima-Kleber vom Gotthard». Ein Leser machte beim Presserat einen Tag später Verstösse gegen den «Schutz der Privatsphäre» und die «Identifizierung» geltend. Die an der Gotthard-Blockade beteiligte Organisation Renovate Switzerland hatte auf Nachfrage der Redaktion und auch in einer Mitteilung die vollständigen Namen und persönlichen Angaben der Demonstranten und Aktivistinnen jedoch

selbst an die Öffentlichkeit geteilt. Dementsprechend wies der Presserat die Beschwerde ab – und hielt fest, dass die Berichterstattung von Blick weder gegen den «Schutz der Privatsphäre» noch gegen die «Identifizierung» verstossen hat.

Sonkos Verteidiger erhebt schwere Vorwürfe gegen die Bundesanwaltschaft

Der Verteidiger des ehemaligen gambischen Innenministers Ousman Sonko (55) hat gestern in Bellinzona TI am ersten Prozesstag die Einstellung des Verfahrens gefordert und an die Adresse der Bundesanwaltschaft schwerwiegende Vorhaltungen gemacht. Das Bundes-

strafgericht muss nun heute über Fragen wie die Zuständigkeit der Schweiz entscheiden.

Der Genfer Anwalt erachtet grundlegende Rechte seines Mandanten als verletzt. Der Anwalt verlangte, die seiner Ansicht nach durch Fehler und Rechtsverletzungen belasteten Beweise

aus den Akten zu entfernen. Weil danach kaum mehr Material für eine Anklage übrig bleibe, sei das Verfahren einzustellen.

Die Staatsanwältin zeigte zu den aufgeworfenen Punkten klar auf, weshalb ihrer Ansicht nach die Schweiz durchaus für die Verfolgung der ange-

klagten Straftaten zuständig sei.

Die Bundesanwaltschaft wirft Sonko vor, vorwiegend in Mithäterschaft mit anderen gambischen Führungsmitgliedern von 2000 bis 2016 zahlreiche Verbrechen begangen zu haben.



Ex-Minister Ousman Sonko.

Fotos: Siggi Bucher, Stefan Bohrer, Keystone